

PANNENBREI UND ARME RITTER

*Unterrichtseinheit zur Nachkriegszeit
in Oberberg (1945 - 1948)
für die Jahrgangsstufe 9/10 der Hauptschule*

1994
Museum des Oberbergischen Kreises

INHALT

<i>Dr. Gudrun Sievers-Flägel</i>	VORWORT	7
<i>Birgit Ludwig-Weber</i>	1 <i>Museum(spädagogik) und Schule</i>	9
<i>Richard Jilka M.A.</i>	2 <i>Sachanalyse - Nachkriegszeit in Oberberg (1945 - 1948)</i>	12
<i>Bernd Franke</i>	3 <i>Das Projekt</i>	37
<i>Birgit Ludwig-Weber</i>	3.1 <i>Bedingungen von seiten der Schule und des Museums Didaktische - methodische Überlegungen</i>	37
	3.2 <i>Projektverlauf - Planung und Durchführung</i>	41
	3.3 <i>Arbeitsergebnisse der Klasse 10 c</i>	45
<i>Birgit Ludwig-Weber</i>	4 <i>Übertragbarkeit des Projektes</i>	85
	ANHANG	88

2 SACHANALYSE

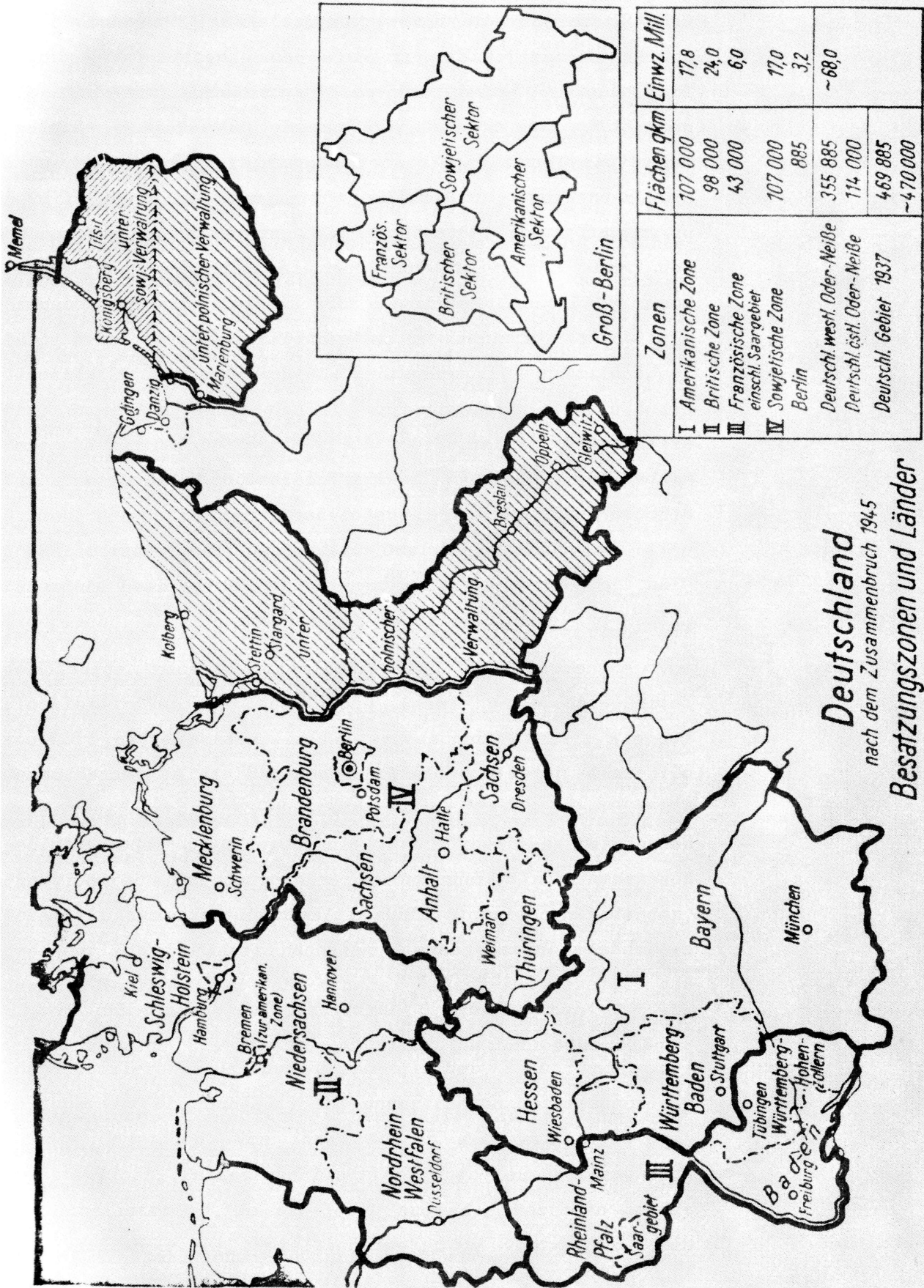
Nachkriegszeit in Oberberg (1945-1948)

Der von Goebbels 1943 ausgerufene "Totale Krieg" endete 1945 mit der totalen Niederlage Deutschlands. Nachdem die letzten Kampfhandlungen im Raum Waldbröl beendet worden waren, wurde der Oberbergische Kreis am 9. April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt. Der Krieg war in Oberberg zu Ende. Am 30. April verübte Hitler in seinem Bunker in Berlin Selbstmord und entzog sich seiner Verantwortung. Am 7. Mai kapitulierte die deutsche Wehrmacht in Reims bedingungslos. Das Schlimmste war nun vorüber, aber den Alltag bestimmte weiterhin die Sorge um das Überleben, um die tägliche Nahrung. Aus einer US-Meinungsumfrage geht hervor, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg kaum Geldprobleme zu den Sorgen der Menschen zählten, sondern die Sorge um Nahrung, Kleidung, Wohnung und vermißte Familienangehörige. Nach 1945 hieß der "heimliche König" Hunger. Es hieß: "Der Deutsche hofft nicht, er hungert und friert." Erst nach 1948 gewann das Problem Geld an Bedeutung, wurde dann aber bald zur alles bestimmenden Sorge der Deutschen.¹⁾

Das Schlagwort von der "Stunde Null" trifft die Situation von 1945 nicht genau. Wir haben es vielmehr mit einem Nebeneinander von Kontinuität und Zäsur zu tun, mit einer Reparatur des bereits Bestehenden, mit einem improvisierten Wiederaufbau. Besonders für das Oberbergische gilt, daß der Wiederaufbau und die Normalisierung des Lebens weniger durch Kriegsschäden verzögert worden waren, als durch die Folgelasten des Krieges und die Maßnahmen der Sieger.

Für die Zeit nach dem Krieg gab es 1945 keine genauen Vorstellungen. Auf deutscher Seite bestand ein Denkverbot über die militärische Niederlage hinaus, da der Glaube an den "Endsieg" zum Dogma des NS-Regimes gehörte. Auch die

1) Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1984, S. 376



Deutschland
nach dem Zusammenbruch 1945
Besatzungszonen und Länder

Alliierten hatten kein einheitliches Konzept für die Behandlung des besiegten Deutschlands. Erst auf der Konferenz von Potsdam im Juli und August 1945 einigten sich die Alliierten auf gemeinsame Grundlinien für die Behandlung Deutschlands. Es wurden die Provinzen östlich der Oder und Neiße vom ehemaligen Deutschen Reich abgetrennt und der verbliebene Teil Deutschlands in vier Zonen aufgeteilt. In jeder der vier Zonen sollte die jeweilige Siegermacht, der die Zone zugeteilt worden war, nach eigenen Vorstellungen die Verwaltung organisieren. Man wollte prinzipiell an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands festhalten und alle vier Zonen betreffende Beschlüsse gemeinschaftlich fällen. Für die Behandlung Deutschlands sollten die vier Schlagworte: "Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung" richtungsweisend sein.

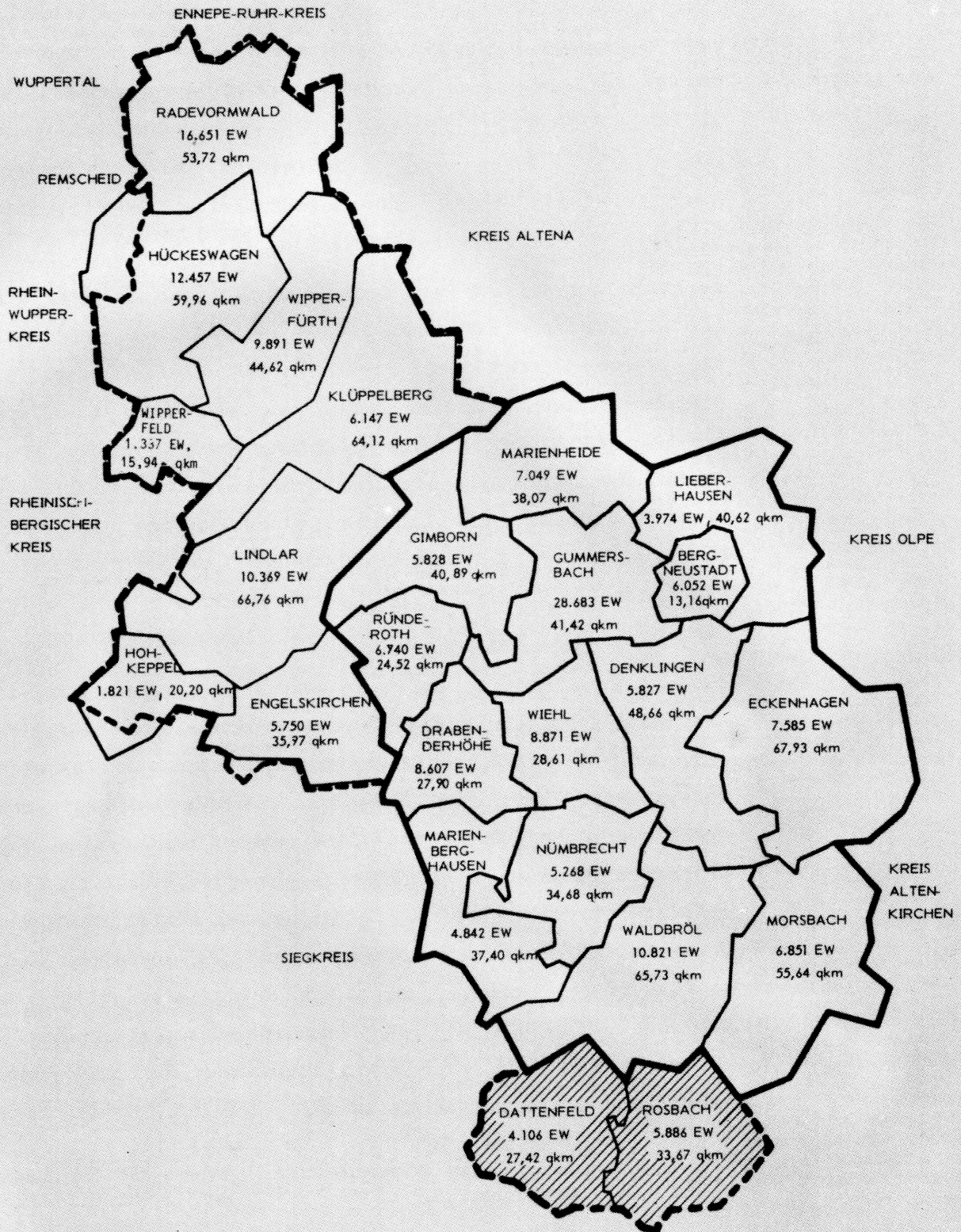
Kurz vor der Besetzung durch die Amerikaner hatte der Regierungspräsident Raeder alle politischen Landräte des Oberbergischen Kreises aus der Verwaltungsspitze entfernt und sie durch unbelastete Männer ersetzt. So blieb die Verwaltung des Kreises in Takt und konnte nach kurzer Unterbrechung schon am 15. April ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Der Oberbergische Kreis gehörte zur britischen Zone. Am 18. Juni 1945 wurden die amerikanischen Truppen von britischen und belgischen Soldaten abgelöst, die in den nächsten Jahren unter englischem Kommando den Kreis besetzt hielten.

Die Besatzer waren zwar formal allmächtig, stießen aber in der Bewältigung der Alltagsprobleme auf Grenzen ihrer Macht. Die Zusammenbruchsgesellschaft begann bald nach eigenen, kaum zu kontrollierenden Gesetzen zu funktionieren. Das Wirtschaftsleben war auf das Niveau einer primitiven Natural- und Tauschwirtschaft hinabgesunken. Wenn die Sieger ein einfaches und normales Leben ermöglichen wollten, was das vordringlichste Problem war, waren sie auf die Zusammenarbeit mit deutschen

OBERBERGISCHER KREIS

- Einwohner und Fläche am 29.10.1946 -



Behörden und der deutschen Bevölkerung angewiesen. So wurden die Bürgermeister der Gemeinden entweder im Amt belassen oder schnell durch unbelastete Männer ersetzt. Die Gemeinden waren der erste Ansprechpartner der Sieger und mußten die ersten Aufräum- und Wiederaufbaumaßnahmen in die Wege leiten.

Die Einwohnerzahl des Kreises hatte sich seit 1939 von 84 807 auf 109 557 im Jahre 1945 erhöht und stieg bis 1948 auf über 120 000.²⁾ Diese Bevölkerungszunahme war durch den großen Zuzug von Evakuierten und Flüchtlingen hervorgerufen worden und verschärfte die ohnehin schwierige Versorgungslage im Kreis.

Durch Kriegsverluste und Gefangenschaft gab es 1945 etwa sechs bis sieben Millionen Frauen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren mehr als Männer in Deutschland. Im Oberbergischen kamen 1945 auf 36 153 Männer 50 030 Frauen und 21 374 Kinder unter 12 Jahren. Noch 1952 gab es im Kreis über 12 000 Frauen mehr als Männer.³⁾ Dies bedeutete, daß die Frauen einen großen Teil der Wiederaufbauarbeit leisten mußten und sich ihre traditionelle Stellung in der Gesellschaft und in der Familie wandeln mußte.

Nachdem schon durch den Wehr- und Arbeitsdienst Familien auseinandergerissen worden waren, wurden sie durch die Not der ersten Nachkriegsjahre noch weiteren Belastungen ausgesetzt. Durch die Ausnahmesituation wurden gewohnte Verhaltensweisen und Wertvorstellungen massiv in Frage gestellt: Es kam in den Familien nicht selten zu einer Autoritätsverschiebung vom Vater auf die Mutter. Auch wenn die Männer aus dem Krieg oder der Gefangenschaft zurückkehrten, waren sie nicht selten körperlich und seelisch gebrochen und konnten sich nur schwer in die neuen Verhältnisse einfinden. So mußten die Frauen die Hauptlast der Notsituation in den Familien tragen. Nicht

2) Verwaltungsbericht des Oberbergischen Kreises für die Jahre 1945-1952, Gummersbach 1952, S. 44

3) ebda.

wenige Frauen mußten nun ihre Familie alleine "durchbringen", womit sie nicht selten überfordert waren.

Die ungeordneten Lebens- und Familienverhältnisse werden besonders an der hohen Rate der Jugendkriminalität deutlich. Nachdem schon die NS-Jugendpolitik zum Schwund der elterlichen Autorität beigetragen hatte, verstärkte das Chaos der ersten Nachkriegsjahre die Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher. Der Verwaltungsbericht des Oberbergischen Kreises sprach von der "moralischen Haltlosigkeit" vieler schulentlassener Jugendlicher, die arbeitslos auf den Straßen umherschweiften. Im Verwaltungsbericht wurde die "Verwahrlosung von Kindern beiderlei Geschlechts in asozialen Familien und Sittlichkeitsdelikte Erwachsener gegenüber minderjährigen Kindern" festgestellt.⁴⁾

Aber was war in den Jahren 1945/46 eine "asoziale Familie"? Noch 1947 mußten im Kreis 13 000 Personen von der Sozialfürsorge unterstützt werden und erhielten neben Sachleistungen zwischen 110 und 210 RM im Monat. Da die Rentengesetzgebung erst in den 50er Jahren geregelt wurde, mußten auch die Bezieher der verschiedensten Renten von der Fürsorge betreut werden, weil die in Reichsmark gezahlten alten Renten kaum zum Überleben reichten.⁵⁾

Auch die aus der Kriegsgefangenschaft Zurückkehrenden mußten von der Fürsorge betreut werden. Im Verwaltungsbericht werden sie folgendermaßen beschrieben: "Sie waren meist körperlich und seelisch krank, glichen Schiffbrüchigen, die an Leib und Seele gebrochen waren."⁶⁾ Man versuchte sie besonders zu betreuen, ihnen - wenn sie dazu in der Lage waren - bevorzugt Arbeit zu besorgen, oder Wohnungen zu vermitteln, ihnen Hausrat oder Lebensmittel zukommen zu lassen, da sie für Reichsmark kaum etwas kaufen konnten. Bis zum Mai 1948 kehrten 13 525 Personen aus den verschiedensten Gefangenenlagern in den

4) ebd., S. 65

5) ebd., S. 58f

6) ebd., S. 66

Behörden und der deutschen Bevölkerung angewiesen. So wurden die Bürgermeister der Gemeinden entweder im Amt belassen oder schnell durch unbelastete Männer ersetzt. Die Gemeinden waren der erste Ansprechpartner der Sieger und mußten die ersten Aufräum- und Wiederaufbaumaßnahmen in die Wege leiten.

Die Einwohnerzahl des Kreises hatte sich seit 1939 von 84 807 auf 109 557 im Jahre 1945 erhöht und stieg bis 1948 auf über 120 000.²⁾ Diese Bevölkerungszunahme war durch den großen Zuzug von Evakuierten und Flüchtlingen hervorgerufen worden und verschärfte die ohnehin schwierige Versorgungslage im Kreis.

Durch Kriegsverluste und Gefangenschaft gab es 1945 etwa sechs bis sieben Millionen Frauen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren mehr als Männer in Deutschland. Im Oberbergischen kamen 1945 auf 36 153 Männer 50 030 Frauen und 21 374 Kinder unter 12 Jahren. Noch 1952 gab es im Kreis über 12 000 Frauen mehr als Männer.³⁾ Dies bedeutete, daß die Frauen einen großen Teil der Wiederaufbauarbeit leisten mußten und sich ihre traditionelle Stellung in der Gesellschaft und in der Familie wandeln mußte.

Nachdem schon durch den Wehr- und Arbeitsdienst Familien auseinandergerissen worden waren, wurden sie durch die Not der ersten Nachkriegsjahre noch weiteren Belastungen ausgesetzt. Durch die Ausnahmesituation wurden gewohnte Verhaltensweisen und Wertvorstellungen massiv in Frage gestellt: Es kam in den Familien nicht selten zu einer Autoritätsverschiebung vom Vater auf die Mutter. Auch wenn die Männer aus dem Krieg oder der Gefangenschaft zurückkehrten, waren sie nicht selten körperlich und seelisch gebrochen und konnten sich nur schwer in die neuen Verhältnisse einfinden. So mußten die Frauen die Hauptlast der Notsituation in den Familien tragen. Nicht

2) *Verwaltungsbericht des Oberbergischen Kreises für die Jahre 1945-1952, Gummersbach 1952, S. 44*

3) *ebda.*



1



2



3



4



5



6

- 1 *Flüchtlingsfamilie vor der Wohnbaracke beim Empfang eines CARE - Paketes, Tropfsteinhöhle / Wiehl 1951*
- 2 *Gesammelte Kleidungsstücke bei der Kleiderabgabe in der 2. Klasse der Schule Windhagen / Gummersbach, 1945*
- 3 *Behelfsheim Nr. 1 in der Hochstraße, Dieringhausen 1951*
- 4 *Notwohnung einer Flüchtlingsfamilie in Oberahlefeld/ Gummersbach, 1951*
- 5 *Abgabe nationalsozialistischer Bücher aus der Schule, Windhagen / Gummersbach 1946*
- 6 *Zusammengetragene Munition vor der Sprengung, Alperbrück / Wiehl 1951*

Kreis zurück.⁷⁾

Der oberbergische "Verein der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) bildete 1945 ein Komitee, um Ansprüche auf Wiedergutmachung und Betreuung geltend zu machen. Dabei lehnte der oberbergische VVN die Zusammenarbeit mit belasteten Beamten des Kreises ab. Die Mehrheit der ehemaligen Verfolgten mußte ebenfalls von der Fürsorge betreut werden, da es an einer gesetzlichen Regelung fehlte. Erst im Februar 1949 wurde vom Land Nordrhein-Westfalen ein Haftentschädigungsgesetz erlassen, mit dem eine kleinmütige Entschädigungspraxis festgeschrieben wurde. In Oberberg wurden 255 Personen als Verfolgte des Naziregimes anerkannt. Eine Haftentschädigung von zusammen 336 550 DM wurde nur an 91 der anerkannten Verfolgten gezahlt.⁸⁾

Bei allen Belastungen bildete die Familie auch einen Faktor der Stabilität. Angesichts des Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung übernahm die Familie die Ersatzfunktion einer Versorgungseinrichtung. Die Einheit, der Zusammenhalt und die Zusammenarbeit der Familienmitglieder wie auch von Nachbarschaften und Dorfgemeinschaften, erhöhte deren Überlebenschancen und verbesserte ihre Versorgungslage im Gegensatz zu Menschen, die sich allein durchschlagen mußten. Die schlechte Versorgungslage mußte den Rückzug auf die Familie als geboten erscheinen lassen, der sich in den 50er Jahren als Rückzug aus der Gesellschaft fortsetzte.

Das vordringlichste Problem war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Zu diesem Zweck hielt man nach 1945 in nahezu bruchloser Kontinuität am System der Bewirtschaftung aller Waren fest. Seit 1939 hatte es Lebensmittelkarten und Bezugsscheine gegeben. Für das Oberbergische war nun das Landes-Ernährungsamt in Düsseldorf zuständig. Mit den bis zu 67 verschiedenen Lebensmittelkarten, die ausgegeben wurden, konnte aber

7) Kreisblatt, 15. Juni 1948, Nr. 12

8) Verwaltungsbericht, a.a.O., S. 66

wenig mehr als eine "gleichmäßige Verteilung des Hungers" erreicht werden. Die Vereinten Nationen errechneten, daß ein erwachsener Mensch täglich 2 650 Kalorien brauche, aber in den verschiedenen Zonen wurden auf Lebensmittelkarten nur 1 000 bis 1 500 Kalorien zugewiesen.⁹⁾ Selbst wenn es auf Lebensmittelkarten immer die vorgesehenen Lebensmittel gegeben hätte, hätte dies nicht ausgereicht, den drängendsten Hunger zu stillen.

Der Oberbergische Kreis konnte sich aus eigenen Kräften nicht ernähren. Der Landwirtschaft fehlten Geräte, Saatgut, Vieh, Futter und Dünger für die ausgezehrtten Böden. Die landwirtschaftliche Produktion war beträchtlich gesunken. Während im Kreis 1943 noch 2 500 Tonnen Roggen produziert wurden, waren es 1945 nur noch 1 200 Tonnen. Die Weizenproduktion sank im gleichen Zeitraum von 1 200 auf 600 Tonnen. Da der Eisenbahnverkehr im Frühjahr 1945 noch völlig ruhte, mußte mit drei LKWs (Generatorfahrzeuge) Getreide aus Hessen in den Kreis geholt werden.¹⁰⁾

Es gelang nicht, alle im Kreis produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfassen, um sie gleichmäßig auf die Bevölkerung verteilen zu können. Im Winter 1946/47 sollten die Erzeuger alles abgeben, was sie produziert hatten. Aber weder Gesetze noch Drohungen konnten diese Anordnung durchsetzen. Es wurde um jedes Kalb, Rind oder Schwein, ja sogar um Eier gestritten. Es kam zu "Pferdekriegen" und "Kartoffelkriegen". Ein Tier schwarz zu schlachten und es dann bei den Behörden als gestohlen zu melden, war fast normal.¹¹⁾

Außerdem wurde die Ernte noch durch verschiedene Plagen bedroht. Im Mai 1945 tauchte bei Morsbach der aus Amerika stammende Kartoffel- oder Coloradokäfer auf, verbreitete sich schnell und gefährdete die Ernte. Es mußte im Juni

9) Kleßmann, a.a.O., S. 86

10) Tieke, Wilhelm, Nach der Stunde Null, Gummersbach 1987, S. 122

11) Budde, Otto, Waldbröl, wie es wurde, was es ist,

Gummersbach 1982, S. 512

mit Freiwilligen und Schulklassen eine großangelegte Kartoffelkäfersammelaktion durchgeführt werden. Dieser Vorgang wiederholte sich 1947 und 1949.

Da die Deutschen entwaffnet worden waren, durften sie nach 1945 auch keine Jagdwaffen besitzen, und Wildschweinhorden verwüsteten bald ganze Felder. Schon 1945 mußten die Briten 25 Polizeikarabiner mit je 25 Schuß Munition an die oberbergischen Forstbeamten ausgeben. 10 Schuß mußten unter Aufsicht des britischen Militärs zum Einschießen verwendet werden, nur 15 Schuß je Karabiner blieben für die Sauen.¹²⁾

Da weder die Eigenerzeugung noch die Zufuhr ausreichten, um den Lebensmittelbedarf des Kreises zu decken, wurde die Kartoffel- oder Rübensuppe zur Dauerkost vieler Menschen. Man mußte sich selbst helfen, um zu überleben, und alle Möglichkeiten der Nahrungsmittelerzeugung ausnutzen. Jedes bebaubare Gartenland mußte genutzt werden, man ging auf Hamster- und Tauschreisen, es wurden Fallen im Wald gestellt oder Eicheln gesammelt, um mit Ihrem Mehl den Kaffee, das Brot- oder Waffelmehl zu strecken. Einfallsreichtum wurde darauf verwendet, Rezepte zu ersinnen, um aus Ersatzstoffen Nahrungsmittel von zweifelhaftem Geschmack und Nährwert herzustellen. Der "Dachhase" (Katze) galt als Delikatesse.¹³⁾

Die vielfältigen Tätigkeiten, die zur Lebenserhaltung notwendig waren, behinderten viele Menschen bei der Erfüllung ihrer regulären Arbeit, wo es ohnehin nicht viel zu verdienen gab. Im Kreis herrschte Arbeitslosigkeit von rund 20 %. Die Löhne wurden weiter in Reichsmark gezahlt und waren kaum über das Niveau von 1939 gestiegen. Im Durchschnitt betrug der Stundenlohn 1946 88,7 Pfennig. Zwar konnte man mit Lebensmittelkarten ein 4-Pfund-Schwarzbrot für 0,85 RM und ein Weißbrot für 0,70 RM bekommen, wenn es überhaupt zum Verkauf regulär angeboten wurde, aber ohne Lebensmittelkarten oder Bezugsscheine war

12) Tieke, a.a.O., S. 132-136

13) Verwaltungsbericht, a.a.O., S. 62

PANNENBREI

Mehl, Eier nach Bedarf, Wasser und Milch, Salz oder Zucker alles zu einem Brei verrühren und unter ständigem Rühren in einer Pfanne auf dem Herd stocken (wurde aus der Pfanne gegessen).

ARME RITTER

trockenes Brot in geschlagenem Milch-Ei-Zucker einweichen, braten.

Weitere "Rezepte" findet man in:

Tante Linas Nachkriegsküche

Geschichten, Rezepte, Dokumente

Hrsg. Reiner Horbel/Sonja Spindler

Eichbaum Verlag, Frankfurt a.M. 1985

die Reichsmark praktisch wertlos. Auf dem Schwarzmarkt hatte sich die Zigarettenwährung als eine Art Ersatzwährung durchgesetzt. Für 10 bis 15 RM gab es eine "Belga"-Zigarette. Ein Pfund Butter konnte man schwarz für 250 RM kaufen - oder für ein Päckchen Zigaretten.¹⁴⁾

Die Zahl der Lebensmitteldiebstähle wuchs in jenen Tagen ungeheuer an. Der Kölner Kardinal Frings äußerte sich 1946 in einer Predigt folgendermaßen zu diesem Problem: "Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, ..." Bald nannte man die illegale Beschaffung von Nahrungsmitteln und Heizmaterial "fringsen". Auf einem Kölner Güterbahnhof z.B. wurden im Winter 1946/47 täglich etwa 18 000 Zentner Kohlen "gefringst".¹⁵⁾

Die angespannte Ernährungssituation führte am 3. Februar 1948 in Oberberg zu einem einstündigen Generalstreik, dem über 300 Betriebsräte zugestimmt und an dem sich über 20 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligt hatten. Zwar war diese Aktion ein Bestandteil eines allgemeinen Proteststreiks gegen den Hunger in Nordrhein-Westfalen, aber die Oberberger hatten auch ein eigenständiges Anliegen. Angesichts des herrschenden Hungers, der schwachen oberbergischen Landwirtschaft und des großen Zuzugs an Flüchtlingen verlangten die Oberberger, daß ihr Kreis dem Notstandsgebiet an der Ruhr angegliedert werde, um so eine Verbesserung der Versorgungslage zu erreichen und nicht zu einem "Versorgerkreis für Großstädte" zu werden. Aber neben den Ruhrgrößtädten wurde nur Düsseldorf, Köln, Aachen, Wuppertal, Remscheid und Solingen als Notstandsgebiet anerkannt.¹⁶⁾ Die Not im Oberbergischen war mit dem Elend in den Städten an Rhein und Ruhr kaum zu vergleichen.

14) Kleßmann, a.a.O., S. 49

15) ebda., S. 58

16) Volkesstimme, 30. Januar 1948, Nr. 13, S. 3;
und 6. Februar 1948, Nr. 16, S. 3

Eine anhaltende Wohnungsnot bestimmte das Bild der Zeit. Im Oberbergischen hielt sich die Zerstörung des Wohnraums durch den Krieg in Grenzen. Es waren auf dem Kreisgebiet "nur" 458 Wohnungen zerstört worden, während 335 neue gebaut worden waren, also 1945 "nur" 123 Wohnungen weniger existierten als 1939. Aber durch den großen Zuzug von Evakuierten, Flüchtlingen und die Beschlagnahmung von Wohnraum durch die Besatzer, verschärfte sich die Wohnungsnot enorm.

Wie die Lebensmittel, so mußte auch der Wohnraum zentral bewirtschaftet werden, um ihn den Bedürftigen zuteilen zu können. Aber die Kontrolle des Wohnraums erwies sich als nicht möglich. Auch im Oberbergischen mußten Barackenlager und Elendsunterkünfte errichtet werden, Menschen lebten unter unwürdigen Bedingungen in Scheunen, Kellern und auf Speichern. Nur eine Vielzahl von Neubauten hätte die Wohnungsnot beheben können. Aber zunächst konnten alle Bauarbeiten nur dazu dienen unter strengster Aufsicht und Kontrolle des Baumaterials, "den nötigsten Schutz gegen Wind und Wetter" zu errichten.¹⁷⁾ Es konnte nur versucht werden, Wohnraum wiederherzustellen, an Neubauten konnte zunächst nicht gedacht werden.

Bald arbeiteten im Kreisgebiet über 2 000 Bauarbeiter und Bauhandwerker. Drei Ziegeleien, ein Zementwerk und Grauwackesteinbrüche lieferten Baumaterial. Bauholz wurde im Wald geschlagen und von einigen Sägewerken verarbeitet. Dennoch reichte das Baumaterial nie aus, und auch die Zuteilungen aus dem zentralen Baustofflager der Briten halfen wenig. Bis zum Sommer 1946 konnten so 1 355 Räume mit zusammen 19 197 qm wiederhergestellt werden. Dabei wurden die Eigentümer zunächst nicht mit Reparaturkosten belastet, sondern das Kreisbauamt verteilte die vom Land bezahlten Baumaterialien, und die Gemeinden mußten die Löhne der Arbeiter bezahlen.

Es herrschte ständig Mangel an Gerät und Material oder die

17) Verwaltungsbericht, a.a.O., S. 75-78

Bürokratie behinderte die Baumaßnahmen. Wie schwierig sich der erste Wiederaufbau von Wohnungen gestaltete, mag am Beispiel der Ortschaft Piene skizziert werden.

In Piene wurden am 11. April 1945 acht Häuser schwer und drei leicht beschädigt. Es mußten zunächst die Trümmer beseitigt werden und Notunterkünfte für die Familien errichtet werden. Dies geschah in Nachbarschaftshilfe und besonders durch die Arbeit der dort lebenden Frauen, die auch so schon genug mit der Sorge um das tägliche Brot zu tun hatten. Dann wurde vom Kreis die "Baugesellschaft Oberberg" mit dem Wiederaufbau der Häuser beauftragt. Aber es fehlte an Baumaterial, Transportmitteln und Handwerkern. Der Schriftverkehr mit den Besatzungsbehörden gestaltete sich sehr problematisch. Besonders Bauholz fehlte, denn die Briten genehmigten zunächst nur den Schlag und Abtransport von Holz für die Beneluxländer und im Rahmen der "Rheinlandhilfe" für Köln und Düsseldorf. Bis zur Jahreswende 1945/46 konnten in Piene nur die Grundmauern und Zwischenwände wiedererrichtet werden. Erst nachdem der britische Militärgouverneur des Oberbergischen Kreises Major Taylor im August 1946 160 Festmeter Bauholz für die Arbeiten in Piene freigegeben hatte, konnten bis Weihnachten 1946 die Dächer auf den Häusern errichtet werden. Die Wohnungsnot blieb bis weit in die 50er Jahre hinein ein ständiges Problem des Kreises.

Am deutlichsten zeigen sich die Folgen der schlechten Ernährungs- und Wohnsituation am Gesundheitszustand der Schulkinder. 1948 mußte bei 60% der Kinder ein schlechter Ernährungs- und Gesundheitszustand festgestellt werden.¹⁸⁾

Es war ein Hauptziel der Alliierten, den Nazismus und Militarismus in Deutschland zu zerschlagen. Die alles bis dahin gekannte sprengende verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus machte Kriegsverbrecherprozesse notwendig und schaffte den bis dahin unbekanntem

18) ebda., S. 69f

Straftatsbestand des "Verbrechens gegen die Menschlichkeit". Die Sieger wollten zunächst alle Nationalsozialisten aus wichtigen Positionen in der deutschen Gesellschaft entfernen. Dazu mußten acht Millionen Parteimitglieder und über vier Millionen Mitglieder von Parteiorganisationen - also etwa 1/5 der Bevölkerung - genauer überprüft werden. Die Entnazifizierung führte zu zahllosen Prozessen und zu einem großen bürokratischen Aufwand. Es mußte der Fragebogen mit seinen 132 Rubriken ausgefüllt und ausgewertet werden. Bald erwies es sich als unmöglich, zwischen Mitläufern und NS-Verbrechern zu unterscheiden. Aber Ende 1945 waren die Internierungslager voll und die Ämter leer, z.T. wurden 50% der Beamten kurzfristig verhaftet. Da die westlichen Sieger bald Interesse an einem lebensfähigen Deutschland zeigten, wurde die Entnazifizierung am Ende der 40er Jahre als eine bloße "Revolution auf dem Papier" unvollendet eingestellt.

Im Frühsommer 1945 begann man in der britischen Zone mit der Suche nach Parteimitgliedern. NS-Funktionäre vom Blockleiter an aufwärts, und Beamte, die der Partei angehört hatten, kamen in "Automatischen Arrest". Wie der Gummersbacher Kreisleiter Jaen Piek, so waren auch alle anderen führenden NS-Funktionäre aus dem Oberbergischen geflohen oder untergetaucht. Die anderen oberbergischen Funktionäre wurden auf der Hermannsburg in Gummersbach gesammelt, wo sich manchmal bis zu 40 Personen befanden, um dann in ein Lager nach Recklinghausen oder Paderborn verbracht zu werden.

Seit dem Frühjahr 1946 tagte der "Deutsche Entnazifizierungsausschuß Oberbergischer Kreis" unter der Leitung von Dr. Scheidt. Ihm unterstanden Unterausschüsse in den Gemeinden. Von ihnen mußten sich die Belasteten rechtfertigen. Entlastung brachten ihnen Leumundszeugnisse von Unbelasteten. "So schrieben auch die Pastoren beider Konfessionen viele 'Persilscheine', die von guten Taten

der Belasteten berichteten."¹⁹⁾ In Oberberg wurden nur Mitläufer und Unbedenkliche festgestellt und keine dauerhaften Verhaftungen vorgenommen.

Auch die Verfolgten des Naziregimes sollten entnazifiziert werden. Beim oberbergischen "Verein der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) löste diese Anordnung "stürmische Entrüstung" aus. Auf einer Tagung in Vollmerhausen im Januar 1948 nannte es der VVN eine "äußerst beleidigende Zumutung ... mit ehemaligen Nazis, die als 'Unbedenklich' ... eingestuft wurden, in einem Atemzug genannt zu werden." Die ehemaligen Verfolgten weigerten sich z.T. vor dem Entnazifizierungsausschuß zu erscheinen.²⁰⁾

Mitte 1949 stellte der oberbergische Entnazifizierungsausschuß seine Arbeit ein, nachdem schon im Juni 1948 SPD und KPD ihre Vertreter aus dem Ausschuß zurückgezogen hatten, "weil ihre Arbeit sinnlos war", da Berufungsinstanzen gefällte Urteile wieder aufgehoben hatten. Der oberbergische Kreistag lehnte einstimmig die Übernahme der Kosten für diesen Ausschuß in Höhe von 68 300 DM ab.²¹⁾

Wie die Entnazifizierung, so war auch die verordnete Umerziehung nicht von Erfolg gekrönt. Die Sieger wollten die Deutschen nicht nur bestrafen, sondern ihnen ihre Schuld auch begreiflich machen, um dann die Neuerziehung zur Demokratie einleiten zu können. Dies geschah hauptsächlich durch Vorträge und Lichtbildvorführungen über die Verbrechen des Nationalsozialismus. Diese Aufklärungsarbeit fand bei der Bevölkerung nur wenig Resonanz. Im Juli 1945 beschwerte sich der britische Militärgouverneur Taylor beim Landrat Dr. Dresbach über den Mangel an Ernst bei Besuchern des Buchenwald-Films. Er hatte "festgestellt, daß insbesondere Jugendliche bei den

19) Tiede, a.a.O., S. 122

20) Volkesstimme, 15. Januar 1948, Nr. 7, S. 4;
und 19. Januar 1948, Nr. 8, S. 6

21) Volkesstimme, 30. Juni 1948, Nr. 65, S. 4

Filmvorführungen gelacht haben und mit fröhlichen Gesichtern das Kino verlassen haben".²²⁾

Weitaus drastischer wurde in Lindlar versucht, den Deutschen einen Begriff von ihrer Schuld zu vermitteln. Aus Vergeltung für den unaufgeklärten Mord an einem NS-Funktionär hatten Männer des Volkssturms - also Leute von nebenan - bei Lindlar 10 russische Gefangene in der Nacht vom 8. auf den 9. April 1945 erschlagen und in einer Grube verscharrt. Im Juni wurde dieses Grab gefunden. Am 14. Juni mußten ehemalige Parteimitglieder aus Lindlar die Leichen ausgraben und in Säрге legen, die am 15. Juni in Lindlar öffentlich ausgestellt wurden. Die Lindlarer Bevölkerung mußte dann an den geöffneten Särgen vorbeigehen und an der Beisetzung teilnehmen. Nichtteilnahme wurde mit dem Verlust der Lebensmittelkarten bedroht.²³⁾

Die Demontagepläne der Alliierten gehörten zu ihrem Ziel, dem Militarismus in Deutschland die Grundlagen zu entziehen. Der Versorgungsnotstand in Deutschland ließ die Sieger bald Abstriche von ihren weitgesteckten Demontage- und Entflechtungsvorhaben machen. Außerdem setzte in den USA 1946 ein Stimmungsumschwung ein, und die Sowjetunion wurde nun als Feind Nummer eins angesehen. In der britischen Zone konnten die Deutschen die Demontageliste weitgehend revidieren. Die Demontage hatte hier weit geringere wirtschaftliche Bedeutung, als es für die Zeitgenossen erkennbar war. Dennoch behinderte der ständige Mangel an Material, die Behinderung des freien Warenaustausches durch die Zonengrenzen und das wertlos gewordene Geld die Entwicklung des Wirtschaftslebens. Aber der ökonomische Rekonstruktionsprozeß begann bald nach dem Mai 1945. Die These vom völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands trifft nicht die Wirklichkeit.²⁴⁾

Belegschaft und Leitung der verschiedenen Betriebe mußten eng zusammenarbeiten, um in dieser Ausnahmesituation die

22) Tieke, a.a.O., S. 225

23) ebda., S. 64-67

24) Kleßmann, a.a.O., S. 45f, 86, 125-127

Produktion zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu erhalten. Die Arbeiter, die weiterhin in Reichsmark bezahlt wurden, mußten darüberhinaus mit Fertigwaren entlohnt werden, die sie dann in ihrer Freizeit gegen Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt eintauschen konnten.

Viele Betriebe im Oberbergischen standen auf der Demontageliste und mußten nachweisen, daß die Wiederaufnahme ihrer Produktion für den Wiederaufbau notwendig sei. Dem Verhandlungsgeschick der Unternehmer und der Nachgiebigkeit der britischen Behörden war es zu verdanken, daß die Genehmigung - der "Permit" - meistens erteilt wurde.

Das Edelstahlwerk Schmidt + Clemens in Berghausen stand auf der Demontageliste, weil dort während des Krieges U-Bootteile gefertigt worden waren. Die Belegschaft mußte nach der Besetzung des Kreises das Werk verlassen, und das Werksgelände wurde als Lager für russische Fremdarbeiter genutzt, die dort auf ihren Heimtransport warten sollten. Aber schon im Juni 1945 erkundigten sich britische Offiziere, ob im Werk Gußteile vorhanden seien, die als Ofenroste im Steinkohlebergbau an der Ruhr verwendet werden könnten. Im September 1945 wurde die Genehmigung zum Beginn der Teilproduktion erteilt, um solche Roste herzustellen. Damit war die Demontage abgewendet. Bald konnten im Werk 250 Personen beschäftigt und die Produktion erweitert werden. Im Herbst 1946 konnten die Großaufträge angenommen werden, und die Produktion stieg stetig.²⁵⁾

Die Firma L & C Steinmüller in Gummersbach stand auf der Demontageliste, weil dort Panzerteile gebaut worden waren. Der Chef Dr. Carl Steinmüller und sechs leitende Mitarbeiter durften das Werk nach der Besetzung nicht mehr betreten. Durch Luftangriffe, die der Besetzung von Gummersbach am 11. April vorausgegangen waren, war das Werk z.T. schwer beschädigt worden.

25) Tieke, a.a.O., S. 253-256

Bei der Firma wurden hauptsächlich Dampfkessel produziert. Nach Energieversorgungsanlagen war 1945 eine große Nachfrage vorhanden, so daß die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Produktion schon im Mai 1945 erteilt wurde. Aber es fehlten zunächst noch Aufträge für die Normalproduktion, da noch unklar war, was in Friedenszeiten produziert werden sollte und durfte. So wurde die Belegschaft mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigt. Alle Kräfte wurden für den Wiederaufbau der Firma verwendet. Besonders Facharbeiter fehlten und heimkehrende Soldaten wurden z.T. von der Straße weg angestellt. Im Oktober 1945 hatte die Firma wieder 1 200 Beschäftigte.

Das wenige, was 1945 produziert wurde, wurde hauptsächlich an die Briten geliefert, die im Gegenzug Lebensmittel, Kleider und Brennstoffe an die Firma lieferten. Das ermöglichte es dem Werk, jedem Mitarbeiter in der Kantine täglich eine warme Mahlzeit ausgeben zu können. Die wichtigsten Maschinen konnten aus dem Krieg gerettet und wieder instand gesetzt werden. 1946 war die Auftragslage für die Firma gut. Die Produktion reichte von der Reparatur von Lokomotiven bis hin zum Bau von Kanonenöfen. Es konnten bald auch Aufträge aus der französischen und amerikanischen Zone übernommen werden. Bald nach der Währungsreform konnte der erste Auslandsauftrag übernommen werden.²⁶⁾

Auch die Firma Dr. H.E. Müller aus Bergneustadt stand auf der Demontageliste, weil dort Flugzeugteile produziert worden waren. 1945 bestand eine sehr große Nachfrage nach Küchen- und Haushaltsgeräten. Aus alten Vorräten an Aluminiumblechen, Rund- und Sechskantstäben konnte die Firma Müller einfache Haushaltsgeräte wie Töpfe, Pfannen u.ä. herstellen.

Da die Briten der Deckung des Eigenbedarfs im Oberbergischen den Vorrang vor der Demontage einräumten,

26) ebd., S. 256-265

wurden bereits beschlagnahmte Maschinen der Firma nicht abtransportiert, und im Sommer 1945 die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Produktion erteilt. Auch die Firma Müller mußte mit Hilfe von Falschbuchungen, Manipulationen, Tauschgeschäften und Beziehungen Lebensmittel für ihre Belegschaft auftreiben. Außerdem hatte sie auf ihrem Gelände Flüchtlinge aus Pommern aufgenommen, die versorgt werden mußten. Die Flüchtlinge arbeiteten zum Teil in der Fabrik, aber auch in der zum Betrieb gehörenden Landwirtschaft. Die Belegschaft konnte einen Teil ihres Lebensmittelbedarfs selbst produzieren. Die Werksgebäude wurden bald von Pferdeställen, Traktorenschuppen, Scheunen und Wohngebäuden umgeben. Es entwickelte sich eine vielfältige Arbeits- und Lebensgemeinschaft, bei der es immer etwas zu tun und zu essen gab.

Zufällig konnte die Firma 1947 Aufträge zur Ersatzteilproduktion für die amerikanische Automobilfirma "Ford" übernehmen. Durch diesen Zufall entwickelte sie sich nach der Währungsreform zu einem großen Zulieferbetrieb der Automobilindustrie.²⁷⁾

Als sich in den Jahren 1947/48 der Kalte Krieg zuspitzte, und eine Krise der amerikanischen Wirtschaft bemerkbar wurde, drängte man in den USA entschieden auf die Gesundung der europäischen Wirtschaft. Auch die sich entwickelnde Wirtschaft in Westdeutschland sollte unterstützt und in ein europäisches Wirtschaftssystem integriert werden. Durch eine Währungsreform mußten die Voraussetzungen für das Gelingen der Marshallplanhilfe und den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft gelegt werden. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ludwig Erhard wurde im September 1947 in den Westzonen die "Sonderstelle Geld und Kredit" eingerichtet, die die Neuordnung des Geldwesens organisieren sollte. Die DM-Währung wurde eingeführt. Die neuen, in den USA gedruckten Banknoten sollten von der neu gegründeten "Bank deutscher Länder" ausgegeben werden.

²⁷⁾ ebda., S. 266-274

Jeder Bewohner der drei Westzonen sollte einen "Kopfbetrag" von 60,- DM bekommen, wovon 40,- DM sofort, die restlichen 20,- DM einen Monat später ausgezahlt werden sollten. Die Altgeldguthaben auf den Banken und Sparkassen wurden im Verhältnis 10 : 1 umgestellt. Regelmäßige Zahlungen wie Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen, Mieten, aber auch Aktien wurden im Verhältnis 1 : 1 umgestellt. Dieser Währungsschnitt, der erheblich schärfer ausfiel, als er von Erhard geplant war, bedeutete eine große soziale Härte und Ungerechtigkeit, da er einseitig die Sparer traf und die Sachwertbesitzer verschonte. Es waren eben selbst an dem Tag des Umtauschs nicht alle gleich, wie es der Kopfbetrag suggerieren wollte.

Der Tag der Währungsreform sollte geheimgehalten werden, und die neuen Geldscheine wurden unter strenger Geheimhaltung aus den USA in die Westzonen eingeflogen. Aber dennoch verbreitete sich die Nachricht von der bevorstehenden Währungsreform und es "verschwanden plötzlich viele Waren aus den Geschäften", wodurch die ohnehin angespannte Versorgungslage noch weiter verschärft wurde. Im Juni 1948 forderte der DBG-Kreisausschuß in Gummersbach die Kreisverwaltung zu "polizeilichem Einschreiten gegen Saboteure der allgemeinen Verbrauchsgüterversorgung" auf, da sich die Erregung über das Zurückhalten von Waren sonst soweit steigern würde, daß die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen würde.²⁸⁾

Am 15./16. Juni 1948 war das Neugeld in der Gummersbacher Landeszentralbank eingetroffen und wurde von dort auf die Gemeinden des Kreises verteilt. Nachdem am Freitag, dem 18. Juni, alle Geschäfte geschlossen worden waren, wurde offiziell bekanntgegeben, daß am Sonntag, dem 20. Juni 1948, der Geldumtausch stattfinden würde. Am Samstag mußten alle Geschäfte geschlossen bleiben. Der Umtausch verlief im Oberbergischen reibungslos. Die Spareinlagen der Kreissparkasse Waldbröl z.B. betragen noch am 19. Juni

²⁸⁾ Volkesstimme, 18. Juni 1948, Nr. 60, S. 3

35 607 000 RM, am 21. Juni waren es nur noch 2 267 00 DM.
29) Ein Bauer aus Eckenhagen bemerkte dazu lakonisch:
"Meine durch mühsame Arbeit ersparten Groschen sind
futsch".³⁰⁾ Aber nicht nur die Rücklagen der Sparer waren
verschwunden, sondern auch die der Gemeinden und des
Kreises. Die öffentlichen Körperschaften wußten zunächst
kaum, wie sie ihre stark gewachsenen Ausgaben bestreiten
sollten. Im Oberbergischen wurde auch darüber geklagt, daß
die Preise weitaus höher gestiegen waren als die Löhne.
Aber mit der Währungsreform war die Grundlage zu einer
stabilen Währung und damit zu dem enormen Aufschwung der
westdeutschen Wirtschaft, der von den Zeitgenossen als
"Wirtschaftswunder" bezeichnet wurde, gelegt worden.

Literatur

Benz, Wolfgang, Die Bundesrepublik Deutschland, 2. Bd.,
Frankfurt 1983

Budde, Otto, Waldbröl, wie es wurde, was es ist,
Gummersbach 1982

Kisler, Helmut, Die Bundesrepublik Deutschland,
Vorgeschichte und Geschichte 1945-1983, Bonn 1985

Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung,
Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1984

Kreisblatt

Tieke, Wilhelm, Nach der Stunde Null, Gummersbach 1987

Verwaltungsbericht des Oberbergischen Kreises
für die Jahre 1945-1951, Gummersbach 1952

Volkesstimme

29) Tieke, a.a.O., S. 321-326

30) Volkesstimme, 12. Juli 1948, Nr. 70, S. 3